

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Baugen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Bellagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Ullmarkt 15. — Druck und Verlag d. Buchdruckerei Friedrich May & Co. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 2

**Verkaufsweg:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit vom 1. bis 15. März: Drei in ein Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfachkonto:** Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskassens Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Goldmark):** Die 48 mm breite einpaltige Grundzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 60 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 62.

Sonnabend, den 14. März 1925.

80. Jahrgang

## Tageschau.

Die bürgerliche Einheitskandidatur Dr. Gehlers für die Reichspräsidentenwahl ist an der zögernden Haltung des Zentrums und an dem durch Dr. Stresemann hervorgerufenen Widerstand der Deutschen Volkspartei gescheitert.

Außenminister Dr. Stresemann veröffentlicht über die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage eine ausführliche Begründung.

Das Antwortschreiben des Völkerbundes an Deutschland, das sich mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befaßt, liegt nunmehr in seiner endgültigen Fassung vor. Gleichzeitig mit diesem offiziellen Schreiben wird der Rat einen diplomatischen Schritt in Berlin unternehmen, in dem er Deutschland einen beständigen Ratssitz bei seinem bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund zusichert.

Auf der Tagung des Völkerbundes vertrat der englische Außenminister das Genfer Protokoll und ist für Sonderverträge zwischen den unmittelbar interessierten Völkern ein.

Vord Salisbury erklärte im englischen Verhaufe, daß die englische Cufflotte 1929 gerade stark genug sein werde, die Heimat gegen die überlegene französisch-cufflotte zu schützen.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen findet die Leser ausführliches an anderer Stelle.

## Die Einheitskandidatur D. Gehlers gescheitert.

Berlin, 13. März. (Von unserem Bener Vertreter.) Nachdem am Mittwoch abend die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene bürgerliche Einheitskandidatur des Reichswehrministers Dr. Gehler an dem Verpruch des Zentrums völlig gescheitert war, wurden am Donnerstag die Besprechungen wieder aufgenommen. Dmal waren es die Demokraten und die Deutschnationalen, die sich gemeinsam sehr energisch für Dr. Gehler einsetzt, und die von Anfang an durchblicken ließ, daß sie unangenehm sein würden, alle anderen Pläne für die Präsidentschaftskandidaturen zugunsten Gehlers aufzugeben. Gleichzeitig empfing Reichskanzler Dr. Luther die Parteiführer von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demoten, um ihnen nahezuweisen, sich auf die Kandidatur des Reichswehrministers Gehler zu einigen. Nach wie vor ist jedoch die Zentrumsführung, die an einer Kandidatur Dr. Gehlers, energigsten Widerstand und seitens der endgültigen Beschlusfassung bis zu den späten Abendstunden aus.

Vergeblich wurde hinter den Aien versucht, die Demokraten zu beeinflussen und sie zu einer Zentrumskandidatur Marx von einer Unterstützung Gehlers abzubringen. Die Demokraten gaben sich nicht nach, sondern entschieden sich für Gehler und den Marx. Den Grund hierzu kann man wohl darin finden, daß die demokratische Partei sich völlig außerstande ist, von sich aus den Präsidenten-Wahlkampf zu führen. Dreihunderttausend der Deutschen Volkspartei, die bis zum Augenblick an der Kandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Jarres festgehalten hatte, schloß schließlich die Kandidatur Gehler zu unterstützen, wenn anderen bürgerlichen Parteien sich auf dieser Grund zu einem einheitlichen Vorgehen bereitfinden sollten. Raum war diese Kundgebung veröffentlicht, als es sich zu einem Aufsehen erregenden Zwischenfall kam. Unter Vorsitz des Außenministers Dr. Stresemann, des außenpolitischen Gründe gegen eine Kandidatur Dr. Gehlers Bedenken eingewandt hatte, trat der Reichsausschuh der Deutschen Volkspartei zusammen und schloß den Kandidatur Dr. Jarres festzuhalten. Aufhin wurde im Reichstag das Gerücht verbreitet, ein schwerer Gegenstand zwischen Dr. Stresemann und Kanzler Luther wegen der Einheitskandidatur Gehler ausgebrochen sei. Minister Stresemann habe seine Bedenken geäußert und wüßte daher die Kandidatur Gehlers unter allen Umständen zu vereiteln. Diese Klagen, die ungeheures Aufsehen hervorriefen, wurden dann noch für durchaus ernsthaft gehalten, als Reichsausschuh der Deutschen Volkspartei seinem Bes eine abschließende Interpretation gab, die eine Einheitskandidatur Gehler doch noch zuließ. Abgeordneter Fehren erbat darauf für sich und seine Fraktion eine Stunde Anzeit. Nachdem die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, die sich zu einer längeren Beratung zurückgezogen hatten, die von Fehrenbach verlangte Bedenkzeit abgelaufen hatten, verließen die Vertreter des Zentrums und der Demokraten das Beratungszimmer.

Das Zentrum hat nun beschlossen, an der Kandidatur Marx festzuhalten, während die Demokraten den badischen Staatspräsidenten Hellaich ausstellen werden.

Nach einer Mitteilung des „Berl. Lokalanz.“ sollen sich die Vertreter der Wirtschaftsparteien für die Kandidatur Jarres ausgesprochen haben. Die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen des Löbelausschlusses nicht mehr teilnehmen konnte, soll umgehend um ihre Stellungnahme zur Kandidatur Jarres ersucht werden.

## Die Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten.

Berlin, 12. März. (W. L. B.) In der auf heute mittag einberufenen Sitzung des Reichstags richtete Reichstagspräsident Lobe an den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons folgende Ansprache:

Herr Reichspräsident! Nach dem plötzlichen und tief beklagten Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Herrn Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten ernannt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß also auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstag ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen und erlaube mir, Ihnen die Eidesformel zu überreichen. Ich erlaube das Haus, sich zu erheben und bitte Sie, den Eid abzulegen.

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons legte daraufhin den Eid ab, der lautet:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Nach der Eidesleistung fuhr Präsident Lobe fort:

„Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohle des Landes und des deutschen Volkes verwalteten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperschaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichsten Glückwunsch aus.“

Nunmehr erwiderte Dr. Simons:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl, das Gesetz sagt es klar, daß ich die Ehre nicht so sehr meiner Person als der Stellung zuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richtertums, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit. Von dem viel bestrauerten Toten, den ich vertritt, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe, aber, wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seine Rechte mit Festigkeit zu wahren, damit ich sie unverfehrt in die Hände des Mannes legen kann, den sich bald zum ersten Male in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, so weit es staatslich geeint ist, in freier unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt führen wird.“

In der Nachmittagsitzung nahm das Haus das Gesetz endgültig an, durch das die für den Juni in Aussicht genommene Volks-, Berufs- und Betriebszahlung geregelt wird, und wandte sich danach der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über

Zusatzsteuerung für Renten aus der Invalidenversicherung zu, die der Ausschuh unter Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Beträge angenommen hat.

Dann folgte die Verabschiedung des Gesetzes, durch das für die Reichspräsidentenwahl amtliche Stimmzettel hergestellt werden. Diese Zettel müssen jedoch nach der Auffassung des Ministeriums des Innern einen freien Raum aufweisen, auf den statt der von den einzelnen Gruppen vorgeschlagenen und vorgebrachten Namen auch ein anderer Name des dem Wähler erwünschten Kandidaten eingetragen werden kann. Mit dieser Aenderung wurde die Vorlage genehmigt.

Das Haus verlegt sich 17 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr Tagesordnung u. a.: Gesetzesentwurf über Volkszahlung; Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums über das Wahlverfahren bei der Präsidentenwahl; Justizetat.

## Aus dem Aufwertungsanschuß.

Berlin, 12. März. (W. L. B.) Im Aufwertungsanschuß des Reichstages wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Best (Deutschnat.) angenommen, der zur einstweiligen Regelung der Aufwertung folgendes erreichen will:

Die Artikel 1 und 2 der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924, sowie § 64 der Verordnung, soweit er sich auf die vorgenannten Bestimmungen bezieht oder bezüglich der übrigen Vorschriften der Verordnung die Regierung ermächtigt, allgemeine Anordnungen ergänzen oder abweichenden Inhalts zu treffen, treten mit der gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung, spätestens jedoch am 31. Mai 1925, außer Kraft. Dasselbe gilt von den zur Durchführung, Ergänzung und Aenderung der vorausgeführten Bestimmungen erlassenen Vorschriften. Vom gleichen Zeitpunkt soll die Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924 aufgehoben werden.

Reichsfinanzminister von Schieleben erklärte, daß die Reichsregierung die bestimmte und begründete Hoffnung hege, in aller nächster Zeit den gesetzlichen Bestimmungen ein Aufwertungsgefez vorlegen zu können.

## Die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage.

Eine Begründung Dr. Stresemanns.

wid. Berlin, 12. März. (Draht.) Ueber die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage stellte der Außenminister des Reiches Dr. Stresemann im „Abn. Stg.“ Ausführungen zur Verfügung, in denen zunächst die Tatsache, daß die deutsche Öffentlichkeit erst spät mit den deutschen Absichten vertraut gemacht wurde, damit begründet wird, daß derjenigen ausländischen Presse mit deren Opposition wir rechnen mußten, die Möglichkeit genommen werden mußte, diese Aktion von vornherein zu diskreditieren. Auch Herriot und Chamberlain hätten der vertraulichen Behandlung zugestimmt. Nachdem ich, fährt der Minister fort, vor dem Ausschuh des Reichsrates und des Reichstages gesprochen habe, halte ich es für wünschenswert, die deutschen Absichten auch der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Schon Anfang Dezember und Anfang Januar habe ich über die Sicherheitsfrage wiederholt mit hiesigen Diplomaten gesprochen. Die politische Gesamtsituation zeigte, daß die Frage der Sicherheit mindestens für Frankreich den Mittelpunkt aller Erwägungen bildete. Wir standen vor der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone. Trotz aller unserer dringenden Ersuchen sind uns die Gründe für diese Nichträumung bis heute nicht mitgeteilt worden. Das Untersuchungsprotokoll des Völkerbundes über die Durchführung der Militärkontrollen und die sich daran knüpfenden Aeußerungen namhafter französischer Politiker liehen das Bestreben erkennen, die Frage der französischen Sicherheit durch Sonderbestimmungen des Rheinlandes zu lösen, die nach unserer Ansicht gegen den Versailles Vertrag verstoßen und nur aus der krankhaften Einbildung Frankreichs zu verstehen sind, daß Frankreich durchaus bedroht sei. Gleichzeitig mußten wir mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Dreimächtepakt zustande käme, der seine Spitze gegen Deutschland richtete und das Mißtrauen verewigt hätte, das gegen Deutschland völlig unberechtigt heute noch besteht. Da hielten wir es für richtig, unsere eigene Stellung gegenüber dem Sicherheitsgefahren Frankreichs zum Ausdruck zu bringen. Wir knüpften dabei an frühere Bestrebungen anderer deutscher Regierungen an. Der Minister erinnerte sodann an den von der Regierung Cuno im Dezember 1922 vorgeschlagenen Pakt und an seine Stuttgarter Ausführungen vom 2. September 1923 als Reichskanzler und wies darauf hin, daß Poincaré auf diese Stuttgarter Anregung erwidert habe, daß für Frankreich die Frage der Wahrung der Reparationen